

Reinhard Doleschal

Neue Gewerkschaften in Brasilien — eine Hoffnung?

Während in den meisten westlichen Industriestaaten »Abschied genommen wird von den Hoffnungen und Erwartungen in die Gewerkschaften als Akteure progressiver sozialer Veränderungen und des Klassenkampfes« (Prokla 54, S. 3), reifen in einigen Ländern der Dritten Welt scheinbar neue Gewerkschaftsbewegungen heran, die zu ein wenig mehr Optimismus veranlassen, wenn auch hier vor allzugroßen Erwartungen und vorschnellen Beurteilungen gewarnt werden muß. Noch zu jung und zu unberechenbar sind die politisch-organisatorischen Strukturen dieser Bewegungen, als daß ihre Zukunft schon eindeutig prognostizierbar wäre.

Trotz der seit Jahren andauernden dramatischen Wirtschaftskrise hat sich in Brasilien eine unabhängige Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung unter schwierigsten Bedingungen des Gewerkschaftskorporatismus und der politischen Repression ansatzweise aus den Fesseln der Militärdiktatur emanzipieren können. Die wiederaufflammenden Massenproteste und Streikbewegungen in den industriellen Ballungszentren Ende der 70er Jahre ließen nicht nur Erinnerungen an revolutionsgeschwängerte Zeiten vor dem Militärputsch von 1964 wach werden, sondern die gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzungen mit dem Militärregime setzten auch einen politischen Reifeprozess und eine organisatorische Erstarkung in Gang.

Der Aufbau von informellen und formellen Organisationsformen (CUT) neben den offiziell sanktionierten Gewerkschaftsstrukturen und die Gründung einer neuen Arbeiterpartei (PT) erwies sich nach Wiedereinführung des Wahlrechts und einer begrenzten politischen Öffnung als immer zwangsläufiger, je mehr das offizielle Gewerkschaftssystem und der damit verbundene 'Peleguismo' sich als unfähig erwiesen, die Vermittlerrolle zwischen Staat, Kapital und Arbeiterinteressen zu übernehmen.

Anders als in den westlichen Industriestaaten mit formal staatsunabhängigen Gewerkschaftsorganisationen handelt es sich bei der in Brasilien wieder auflebenden 'authentischen' Gewerkschaftsbewegung ('novo sindicalismo') um eine Bewegung, die unter den besonderen gesellschaftlichen Verhältnissen den ökonomischen Kampf nicht vom politischen isoliert, weil die soziale Lage der Arbeiterfamilien für sie eine Frage der politischen Herrschaft und gesellschaftlicher Veränderung ist.

Wenn man den neu entstandenen 'authentischen' Syndikalismus in etwa verstehen will, dann kommt man nicht umhin, sich zumindest mit einigen historischen Wurzeln zu beschäftigen. Denn trotz Zerschlagung der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien und trotz Unterdrückung, Verfolgung und Liquidierung der gewerkschaftlichen und parteipolitischen Kader haben sich die ideologischen Positionen und Traditionen während der Militärperiode latent aufrecht erhalten, wenn auch ihr Einfluß in und auf die neue Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung durch die Zerschlagung, Verbannung und Emigration sich sehr stark verschoben hat.

Im folgenden Beitrag will ich anhand einiger historischer Momente und Ereignisse zu erklä-

ren versuchen, wieso sich der 'novo sindicalismo' in seiner jetzigen Gestalt hat herausbilden können, durch welche gesellschaftspolitischen und ideologischen Strömungen die neue Gewerkschaftsbewegung inspiriert worden ist und welche Zukunftsperspektiven sich abzeichnen.

Politische und ökonomische Implikationen der Entstehung der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung

Bei einer Betrachtung der gegenwärtigen Gewerkschaftsbewegung in Brasilien darf man nicht vergessen, daß es sich um eine Bewegung handelt, die erst rund 100 Jahre später als in Europa entstanden ist, obwohl es auch im 19. Jhrt. bereits vereinzelt zur Gründung von Berufsorganisationen (*sindicatos de oficios*) des Kleinhandwerks (Drucker, Schuster, Maler, Weber etc.) zur Verteidigung ihrer berufsständigen Interessen in Pernamuco und Rio de Janeiro kam. (Rodrigus 1979, S.6) Dadurch, daß das gesammte vorige Jahrhundert noch überwiegend von der auf Sklavenarbeit (bis 1888) beruhenden agrarischen Exportwirtschaft (Kaffee, Zucker, Baumwolle, Kautschuk, Leder, Kakao und Tabak) geprägt war, bildeten sich zunächst nur in den entstehenden städtischen Zentren an der Küste unter den Handwerkern und unter den mit dem Transport und Handel von Export- und Importwaren beschäftigten Berufsgruppen rudimentäre Formen der Interessenvertretung heraus.

Der anhaltende Kaffeeboom in der 2. Hälfte des 19. Jhs., der parallel zu den ökonomischen Krisen in den südeuropäischen Regionen verlief, zog insbesondere nach der Abschaffung der Sklavenarbeit eine große europäische Einwanderungswelle nach sich. Zwischen 1870 und 1900 zog es schätzungsweise 800 000 Europäer nach Brasilien; davon 600 000 allein aus Süditalien. Maßgeblich beeinflußt wurde diese Abwanderung durch den Zerfall des 'Königreichs beider Siziliens', der durch die Verdrängung der Textilmanufakturen durch die höher entwickelte Konkurrenz der nördlichen Regionen bestimmt war. Auswanderung war eines der wenigen arbeitsmarktpolitischen 'Ventile'. (Furtado 1970, S.108) Die Folge davon war, daß die überwiegend handwerklich qualifizierten Einwanderer nach kurzer Beschäftigungszeit in der Kaffeewirtschaft von der städtischen Kleinindustrie abgezogen wurden, was dazu führte, daß Anfang des 20. Jhs. der überwiegende Teil der etwa 100 000 Industriebeschäftigten von São Paulo aus Ausländern bestand.

Mit den europäischen Arbeiterimmigranten kamen zunehmend politische und revolutionäre Ideen nach Brasilien. Der Anarcho-Syndikalismus, in Italien, Spanien und Portugal stark verbreitet, fand in den zahlreichen Manufakturen und Kleinbetrieben natürlich am ehesten Anhänger. Deshalb waren auch die ersten gewerkschaftlichen Organisationsansätze im 20. Jh. von den Anarchisten bestimmt, die sich vehement gegen jegliche Zentralisierungstendenzen wehrten und Gewerkschaftsarbeit grundsätzlich als nicht-professionell verstanden. Unterstützungskassen und Genossenschaften wurden von ihnen abgelehnt und nur in der 'direkten Aktion', d.h. mit Streiks, Sabotage, Boykotten etc. sollten die sozialen und politischen Ziele erreicht werden. (Leuenroth 1963) Damit unterschieden sie sich jedoch fundamental von einer kleineren Gruppe von Sozialisten, die 1889 in Santos ihren ersten Zirkel gegründet hatten. Die Durchsetzung des sozialistischen Programms zur Vereinigung der Arbeiterklasse scheiterte aber sowohl an der den Verhältnissen völlig unangemessenen Klassentheorie, als auch am Widerstand der Anarchisten, die auf dem III. (für die Anarchisten I.) Arbeiterkongreß 1906 in Rio de Janeiro eine Zentralisierung mit Erfolg verhinderten. Die auf dem Kon-

groß gegründete 'Confederação Operária Brasileira' (COB) mußte sich daraufhin damit begnügen, allgemeine Ziele wie Achtstundentag, Arbeiterunfallversicherung, Sozialmieten etc. zu vertreten. Die Organisation von Aktionen ließen sich die Anarchisten jedoch nicht aus der Hand nehmen. So kam es unter ihrem maßgeblichen Einfluß in den Jahren 1907 und 1917 zu den großen Streikbewegungen, die in der Regel in einem oder mehreren Betrieben initiiert wurden und dann wie ein Lauffeuer schnell auf andere Betriebe übergriffen. Der Generalstreik von 1907 in São Paulo, der bei Matarazzo, einer der damals größten privaten Firmen-gruppe, für die Einführung des Achtstundentages begann, legte letztlich alle Aktivitäten in São Paulo lahm.

Der gemäßigte und reformistische Flügel der COB war jedoch auch zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit. Bereits 1912 kam es in Rio de Janeiro zum ersten sogenannten 'Pelego-Kongreß' (Schimpfwort für regierungs- und unternehmerfreundliche gelbe Gewerkschafter; vgl. dazu Rodrigues 1979, S.19) unter der Schirmherrschaft des brasilianischen Präsidenten Hermes de Fonseca. Sein Sohn wurde sogar zum Ehrenpräsidenten der neu gegründeten Arbeitervereinigung 'Confederação Brasileira do Trabalho' ernannt.

1919 wurde die erste kommunistische Partei noch von anarchistischen Gewerkschaftern in Rio de Janeiro und São Paulo gegründet. An der 1922 gegründeten 'Partido Comunista do Brasil' (PCB) waren die Anarcho-Syndikalisten jedoch nicht mehr beteiligt. Die PCB verfolgte im Kern das alte Ziel der Sozialisten der Gründung einer Gewerkschaftszentrale. Während der gesamten 20er Jahre wurde auf allen regionalen und nationalen Kongressen immer wieder ohne Erfolg eine zentrale Führung gefordert, bis es den kommunistisch dominierten Gewerkschaften 1929 schließlich gelang, die 'Confederação Geral dos Trabalhadores do Brasil' (CGTB) zu gründen. Ein weiteres wichtiges Ereignis war, daß sich die PCB und die Gewerkschaften mit der Bewegung revoltierender Militärs, einer Leutnantbewegung (tenentismo), verbündete, die schon mehrmals vergeblich den Versuch gemacht hatte, (1922, 1924, 1926 und 1927), die Macht zu übernehmen.¹

Denoch blieben die Gewerkschaften politisch und organisatorisch schwach. Von 1,5 Mio. Industriearbeitern waren nur ca. 100 000 in Berufsgewerkschaften und ähnlichen Arbeitervereinen organisiert; davon wiederum fast 40.000 allein in Rio de Janeiro. (Füchtner 1972, S.25)

Gewerkschaften unter dem Populismus der 30er Jahre

Die Überproduktionskrise in der Kaffeewirtschaft seit Ende der 20er Jahre, die zu hohen Lagerbeständen und einer schnellen Auflösung der brasilianischen Goldreserven führte, beschleunigte den Preissturz des Kaffees, der mit dem Preisverfall weiterer Rohstoffe auf dem Weltmarkt einherging. Die städtischen Mittelschichten, die die Folgen der Stützungs- und Subventionspolitik der Kaffeewirtschaft am härtesten zu spüren bekamen, gingen mit den republikanischen Militärs (tenentes) und Teilen der untereinander zerstrittenen Agraroligarchie ein politisches Zweckbündnis ein. An der Spitze dieser populistischen Bewegung stand der spätere Präsident und Diktator Getúlio Vargas, der als Großgrundbesitzer aus Rio Grande do Sul eine Mehrheit gegen die Kaffeeoligarchie und die Großgrundbesitzer der Nordstaaten fand. Die Durchsetzung einer nationalistischen Wirtschaftspolitik ging allerdings nicht ohne Rücksichtnahme auf die Interessen der Arbeiterschaft. Die Einbindung der Gewerkschaften in dieses neue Machtbündnis veränderte den Charakter der Gewerkschaften. Nach dem Vorbild des italienischen Gewerkschaftskorporatismus wurden die Gewerkschaften schon sehr früh in den staatlichen Sozialapparat eingebunden².

1931 wurde vom neu geschaffenen Arbeits- und Sozialministerium das Dekret 19770 erlassen, das die Aufgaben und Funktionen der Gewerkschaften neu regelte. Alle Gewerkschaften bedurften der Anerkennung durch das Arbeitsministerium, das einen umfangreichen Kriterienkatalog erließ und die Gewerkschaften unter seine Kontrolle stellte. Politisch durften sich die Gewerkschaften nicht betätigen. Streiks waren erst gar nicht als Arbeitskampfmittel aufgeführt.

Gegen die zunehmende Kontrolle und Bevormundung der Gewerkschaften durch den Staat bildete sich die 'Aliança Nacional Libertadora', die unter der Führung von Prestes (PCB) gegen den 'Vargas-Faschismus' und für eine 'revolutionäre Volksregierung' agitierten. Auf das schnelle Anwachsen dieser Bewegung reagierte Vargas 1935 mit der Auflösung. Als eine Gruppe von Kommunisten daraufhin den Aufstand probte, wurde dieser von den Militärs niedergeschlagen. Die Gewerkschaften wurden 'gesäubert' und der Ausnahmezustand verhängt. Einen angeblich geplanten Putsch der Kommunisten nahm Vargas 1937 zum Anlaß, den Kongreß aufzulösen und den 'Estado novo' zu proklamieren. Die Gewerkschaften, die bereits zwischen 1935 und 1937 von Kommunisten, Anarchisten und anderen der Revolution verdächtigen Personen 'gesäubert' worden waren, konnten nun vollends als bürokratische Organisation in das staatliche Gewerkschaftssystem integriert werden³.

Die Zeit zwischen 1945 und 1964 und das Ende des 'Populismo'.

Auch nach dem 2. Weltkrieg, als sich die Gewerkschaften vorübergehend wieder etwas freier bewegen konnten, gelang es ihnen nicht, sich intern programmatisch zu einigen. Auf dem nationalen Gewerkschaftskongreß 1946 in Rio de Janeiro kam es zur Spaltung zwischen dem antikommunistischen 'Pelegos' und dem kommunistischen Flügel. Das Arbeitsministerium griff ein und beauftragte den 'Pelego' Diocleciano mit der Bildung einer nationalen Konföderation, deren Vorsitzender er 15 Jahre lang blieb. Die PCB-orientierten Gewerkschaften gründeten daraufhin ebenfalls die 'Confederação dos Trabalhadores do Brasil' (CTB). Als 1947 die PCB erneut verboten wurde, war auch die CTB davon betroffen. Abermals wurden die Gewerkschaften von Kommunisten gesäubert und mit Hilfe des 'atestado de ideologia' sollte den Kommunisten der Zugang zu den Gewerkschaften versperrt werden. Dennoch wurde während eines Streiks im Jahre 1948 eine weitere 'Säuberungsaktion' durchgeführt und über 200 Gewerkschaftsdirektorien wurden suspendiert und von einem staatlichen Gewerkschaftskommissar ersetzt.

Während der erneuten Präsidentschaft Vargas (1951-1954) nehmen die Streikbewegungen für Lohnerhöhung und gegen Preiserhöhung wieder rapide zu. In diesen Streiks ging es jedoch auch um die Wiedererlangung des Streikrechts, das den Gewerkschaften von der Dutra-Regierung (1946-1951) entzogen worden war. Die inzwischen auf nationaler Ebene vorangeschrittene Gründung von Konföderationen (CNTI: 1947; CNTC: 1946; CNTTT: 1952) bedeutete allerdings noch nicht, daß die Arbeiterschaft uneingeschränkt hinter den Gewerkschaftsführungen stand. Maßgebend für die Mobilisierung der Arbeiter waren wohl in erster Linie die betrieblichen Kader, von denen die Streikbeteiligung hauptsächlich abhing.

Um die Gewerkschaften für die neu eingeleitete Verstaatlichungspolitik (Petrobras und Elektrobras) und die nationalkapitalistische Industrialisierung zu gewinnen, hob Vargas 1952 das sogenannte Gesinnungszeugnis (atestado de ideologia) auf und ernannte Goulart, der ein national-reformistisches Konzept vertrat, zum neuen Arbeitsminister. Die Verstaatlichungs-

politik, die mit sozialpolitischen Zugeständnissen der Vargas-Regierung 'erkauft' wurde, stieß jedoch bei den Unternehmern auf massiven Widerstand.

Nach dem Tod von Vargas 1954 beginnt die neue Kubitschek-Regierung 1956 mit einer erneuten, jedoch auf ausländische Kapitalinvestitionen gestützte Importsubstituierungspolitik. (Amaral 1977) Die anfänglich günstigen Kapitalakkumulationsbedingungen mit zunächst steigenden Löhnen gerieten Ende der 50er Jahre wiederum in eine Krise. Die Verschlechterung der 'terms of trade' und die enorme Belastung des Staatshaushaltes durch öffentliche Ausgaben trieben die Inflation dermaßen in die Höhe, daß die Gewerkschaften 1959 zu Streiks und Hungermärschen aufriefen. 1960 schwollen die Streikbewegungen in noch nie dagewesenen Maße an. Obwohl es für die Kubitschek-Regierung zu diesem Zeitpunkt politisch äußerst riskant war, setzte sie dennoch das Militär gegen die streikenden Arbeiter ein.

Auf der anderen Seite begnügte sich das ausländische Kapital nicht mit der Ausnutzung der günstigen Akkumulationsbedingungen; es versuchte darüber hinaus seinen Einfluß auf weitere gesellschaftliche Bereiche zu erstrecken. Parteien und Gewerkschaften standen unter ständigem Einfluß von Organisationen, die von den internationalen Firmen zur Durchsetzung ihrer Interessen gefördert wurden. Eine Schlüsselrolle spielte z.B. das 'Instituto de Ações Democráticas' (IBAD), das unter anderem von der City-Bank, Bayer und Ciba finanziert wurde und die Aufgabe hatte, Wahlen und andere politischen Entscheidungen zu beeinflussen.

Die Gewerkschaften blieben unter dem links-nationalistischen Präsidenten Goulart solange von Repressalien verschont, wie sie weder zu Streiks aufriefen noch sie praktizierten. Wegen seiner liberalen Haltung gegenüber den Gewerkschaften wurde Goulart scharf von drei Militärministern bekämpft, die ihn als 'Agenten des internationalen Kommunismus' beschuldigten und ihn aus Gründen der 'nationalen Sicherheit' für unerträglich hielten. Die politischen Machtkämpfe griffen auch auf die Gewerkschaften über. Spätestens 1960 brachen die alten politischen Richtungskämpfe in neuer Form wieder auf, als die linksnationalistische Mehrheit auf dem 3. nationalen Arbeiterkongreß beschloß, eine neue Gewerkschaftszentrale, die 'Confederação Geral dos Trabalhadores' (CGT), zu gründen. Die 'Pelegos', die sich mit den rechts-katholischen Organisationen 'Movimento Sindical Democrático' (MSD), 'Movimento de Orientação Sindicalista' (MOS) und 'Movimento Renovador Sindical' (MRS) verbündeten, verließen den Kongreß zusammen mit der Führung der Konföderation CNTI, CNTC und CNTT, um eine neue rechte Dachorganisation zu gründen, die als antikommunistische Vereinigung ebenfalls vom IBAD finanziert wurde.

Vor dem Hintergrund der sich verstärkenden sozialen Misere kam es Anfang der 60er Jahre ständig zu Generalstreikdrohungen und kurzfristigen Generalstreiks, die zu einer extremen Destabilisierung der politischen Lage führten, weil keine politische Gruppierung stark genug war, sich politisch durchzusetzen. Die rechten Militärs, die sich schon zuvor der legalistischen Militärs durch Verhaftungen entledigt hatten, erkannten ihre Stunde zum Putsch. Die CGT und das allgemeine Streikkommando (CGG) riefen zwar noch einmal zum Generalstreik auf, der aber durch die Ereignisse des Putsches vom 30. März 1964 völlig unterging; auch distanzierten sich die PCB-orientierten Gewerkschaften von diesem Streikaufruf.

Und schließlich war die Waffe des Generalstreiks im vorangegangenen Zeitraum bereits stumpf und unwirksam geworden, weil über den Protest gegen die Wirtschaftspolitik hinaus keine linke realpolitische Alternative, die den brasilianischen Verhältnissen angemessen gewesen war, sich abzeichnete.

Mit dem Militärputsch wurden fast alle Gewerkschaften völlig zerschlagen. Alle Landarbei-

terligen wurden aufgelöst und in den Städten wurde insgesamt in fast 500 Gewerkschaften interveniert. Mit der neuen Militärjunta wurde aber auch der brasilianische 'Populismus' beendet.

Der 'neue' alte Gewerkschaftskorporativismus unter der Militärdiktatur.

Die neue Militärregierung praktizierte sofort wieder eine äußerst restriktive Handhabung der Gewerkschaftsgesetze. Das Streikrecht wurde zwar nicht ganz gestrichen, aber fast alle Wirtschaftszweige wurden davon ausgenommen. Die in der Folgezeit entstandenen sozialen Bewegungen wurden mit brutaler Gewalt und Repression zerschlagen, um dem Auslandskapital auch weiterhin günstige Kapitalverwertungsbedingungen zu sichern. Unter der Präsidentschaft Medici (1969-74) kam es zu den brutalsten Militäreinsätzen gegen Studenten und Arbeiter. Der bewaffnete Kampf, zu dem ein Teil der Linken inzwischen übergegangen war, hatte zunächst noch eine Reihe von Erfolgen. Aber je stärker die Guerrilleros wurden, um so härter schlug das Militär zurück. Und dennoch erlebte Brasilien unter diesen Bedingungen zwischen 1969 und 1974 ein sogenanntes 'Wirtschaftswunder'. (Hurricane 1977; Cardoso 1973) Die entstandenen städtischen Mittelschichten konnten ihren Lebensstandard immer mehr an Konsummustern westlicher Industriestaaten orientieren. Die Verschärfung gesellschaftlicher Gegensätze von Überfluß und absoluter Armut wurde allerdings nicht aufgehoben.

Zunehmende Unzufriedenheit unter der Bevölkerung, industrieller Größenwahn und eine gigantische Verschuldungswelle drängten die Militärs seit Mitte der 70er Jahre zu einem von den USA und dem IWF verordneten Experiment der begrenzten und militärisch kontrollierten, politischen Liberalisierung, um auf den internationalen Kapitalmärkten an die überlebenswichtigen Kredite zu gelangen. Die politische Kursänderung (*distensão*) unter der Präsidentschaft Geisels und die 'abertura', die unter Figueiredo eingeleitet wurde, schaffte zwar nicht das korporative Gewerkschaftssystem ab, tolerierte aber wieder teilweise politische Betätigungen der Gewerkschaften. Staatliche Interventionen bei Ortsgewerkschaften und brutale Einsätze der Militärpolizei wurden bei nicht genehmigten Streiks und ähnlichen Aktivitäten auch weiterhin praktiziert. Auch das korporative Gewerkschaftssystem wurde nach dem politischen 'Öffnungskurs' nicht verändert. Nach wie vor sind die rund 4 100 Ortsgewerkschaften, 144 Gewerkschaftsföderationen und 8 Konföderationen (IBGE 1982, S. 696) direkt dem Arbeitsministerium unterstellt und auch weiterhin sind ihre Aktivitäten auf sozialpolitische Aufgaben beschränkt, die im CLT geregelt sind⁴. Gewerkschaften sind in diesem System nicht mehr Interessenverbände der abhängig Beschäftigten oder etwa Klassenorganisationen, sondern eher Sozialämter des staatlichen Herrschaftssystems. Als Abteilungen des Arbeitsministeriums werden sie von diesem auch ständig kontrolliert und müssen fortlaufend Rechenschaft über ihre Aktivitäten und ihre Finanzen ablegen. Verstöße gegen das CLT werden bestraft oder die Gewerkschaftsfunktionäre werden suspendiert. Zugelassen werden die örtlichen Gewerkschaften erst nach einem genauen Überprüfungs- und Genehmigungsverfahren durch das Arbeitsministerium, das wiederum darauf achtet, daß große Ortsgewerkschaften nicht zu einflußreich werden. Seit der Vargas-Ära sind die brasilianischen Gewerkschaften nach dem Berufsgruppenprinzip gegliedert. Zusammenschlüsse mit anderen Gewerkschaften der gleichen Berufsgruppe oder die Vereinigung aller Gewerkschaften zu einem Dachverband sind nach dem CLT nicht zugelassen. Die Konstituierung der Ge-

werkschaftsföderationen auf regionaler Ebene und der Konföderationen auf staatlicher Ebene erfolgt nach dem Delegationsprinzip der jeweiligen Berufsgruppe. Jede Ortsgewerkschaft hat aber, unabhängig von ihrer Mitgliederstärke, nur eine Stimme bei der Bildung föderativer oder konföderativer Gewerkschaftsorgane. So haben z.B. die Metallarbeitergewerkschaft von São Paulo (die größte des Landes) mit rund 66 Tsd. Mitgliedern (1977) oder die Metallarbeitergewerkschaft von São Bernardo do Campo, dem Standort der multinationalen Autokonzerne, mit rund 28 Tsd. Mitgliedern (1977) ebenso nur eine Stimme wie eine Mini-Gewerkschaft in irgend einer kleinen Provinzstadt. Häufig werden gerade solche kleinen Gewerkschaften von der Administration besonders unterstützt und gefördert, weil sich in kleinen mitglieder-schwachen Gewerkschaften einfacher Pelego-Strukturen herstellen und kontrollieren lassen. Und an Orten, wo sich Gewerkschaften radikalisieren oder auf Oppositionskurs gehen, brauchen nur die finanziellen Mittel entzogen und das Gewerkschaftsdirektorium suspendiert werden, um eine Gewerkschaft arbeitsunfähig zu machen. Verhaftungen und Bestrafungen folgen in der Regel. Häufig werden dann im gleichen Zuge Gewerkschaften formal aufgelöst oder anderen Ortsgewerkschaften der gleichen Branche zugeschlagen.

Die vom Arbeitsministerium anerkannten Ortsgewerkschaften vertreten alle abhängig Beschäftigten der entsprechenden Berufsgruppe am Ort und haben das Recht, Richter und Beisitzer des Arbeitsgerichts zu stellen. Die Gewerkschaften sind zur Zusammenarbeit mit dem Staat verpflichtet und haben zur 'Entwicklung der sozialen Solidarität' beizutragen. Sie sind verpflichtet, den Mitgliedern Rechtsbeistand zu leisten, Schulen zur Alphabetisierung und Berufsvorbereitung zu gründen und Arbeitskonflikte zu schlichten. Außerdem haben sie Tarifverträge zu unterzeichnen, nicht aber auszuhandeln.

Nach Artikel 589 des CLT werden zunächst alle Gewerkschaftssteuern an die staatliche Sparkasse über die staatliche Bausparkasse eingezogen. Danach erhalten die Konföderationen 5 Prozent, die Föderationen 15 Prozent und die Ortsgewerkschaften 60 Prozent zugeteilt. Die restlichen 20 Prozent fließen in einen 'Spezialfond' für Beschäftigung und Einkommenssicherung. Von den 60 Prozent, die den Ortsgewerkschaften zustehen, behält die BNH noch einmal 6 Prozent als Bearbeitungsgebühr ein. In der Vergangenheit wurden mit dem Großteil dieser Gelder die Luxuswohnungen und Häuser der Reichen finanziert.

In den Genuß von Dienstleistungen kommt aber nur derjenige, der über den Zwangsbeitrag hinaus freiwillige Beiträge zahlt. Da die überwiegende Arbeit der Gewerkschaft aus den Pflichtbeiträgen bestritten wird, sind insbesondere die Pelegogewerkschaften nicht an einer hohen Mitgliederschaft interessiert. In anderen Fällen dient die gut sichtbare Zahnarztpraxis, die Drogerie oder der Friseursalon in der Eingangshalle des Gewerkschaftshauses in erster Linie zur Mitgliederwerbung, weil das private Gesundheitssystem zu teuer und das öffentliche zu schlecht und in den meisten Fällen hoffnungslos überlaufen ist.

Lohnverhandlungen werden, wie bereits erwähnt, von den Ortsgewerkschaften nicht durchgeführt. Diese haben lediglich das Recht und die Pflicht, die von den regionalen Gewerkschaftsföderationen zusammen mit der regionalen Arbeitgeber-'Gewerkschaft' ausgehandelten Ergebnisse durch Unterzeichnung anzuerkennen. Da es sich bei den Föderationen in der Regel um staats- und unternehmerfreundliche Gewerkschaftsorgane handelt, sind auch die Verhandlungspositionen und der Verhandlungsstil friedlich und kooperativ. Seit 1978 werden sie aber von den Ortsgewerkschaften mit Streiks verstärkt unter Druck gesetzt.

Das 1946 in die Verfassung aufgenommene Streikrecht wurde durch das 1964 erlassene Streikgesetz 4330 so verschärft, daß die Dauer des Einleitungsverfahrens, die Zwangsschlichtung und die Durchführungsbestimmungen fast jeden legalen Streik verunmöglichen. Au-

ßerdem wird das legalisierte Streikverfahren ständig von einem Vertreter des Arbeitsministeriums kontrolliert und überwacht. Die strategisch wichtigen öffentlichen und privaten Betriebe sind vom Streikrecht ausgenommen. Und da die Streikführer zur 'Versöhnung' mit den Arbeitgebern gezwungen sind, werden sie häufig schon vor Streikbeginn unter Druck gesetzt, indem man ihnen Repressalien androht oder sie korrumpiert. Drohende Streiks werden so bereits im Vorfeld unterdrückt. Streikkassen sind grundsätzlich nicht erlaubt.

Die Entstehung des 'Novo Sindicalismo' nach 1978

Im Verlauf des von der Militärregierung ab 1978 eingeleiteten politischen Öffnungskurses ('abertura'), in dessen Rahmen u.a. die Pressezensur liberalisiert wurde und die Zulassung einiger Parteien erfolgte, manifestierte sich auch sehr schnell die außerhalb und innerhalb der staatlich kontrollierten Gewerkschaften entstandene Oppositionsbewegung. (Würtele 1982) Über einige wenige strukturelle Konstitutionsmerkmale und die Rolle verschiedener Organisationen und Personen hinaus, ist es natürlich sehr schwierig und spekulativ, Aussagen über die ausschlaggebenden Ereignisse und Triebkräfte zu machen. Man muß berücksichtigen, daß in der Periode repressiver Militärherrschaft (1969-74), der Zeit des sogenannten brasilianischen 'Wirtschaftswunders', und in der Phase gemäßigter Militärherrschaft ab 1974, sich das oppositionelle Lager unter den Arbeitern und in den Gewerkschaften hat weitgehend 'verdeckt' entwickeln müssen, ohne daß legale Organisationen der 'authentischen' Arbeiterbewegung bestanden hätten.

Für das Erstarken dieser neuen sich als Basisbewegung verstehenden Gewerkschaftsopposition sind meines Erachtens folgende strukturelle Merkmale von Bedeutung:

1. Die Konzentration der metallverarbeitenden Industrie mit einem überdurchschnittlich hohen Facharbeiteranteil;
2. Die Brüchigkeit sozialer Verhältnisse und steigende Reallohnverluste durch systematische Manipulation der Inflationsdaten;
3. Die strukturelle und politische Schwäche des 'Peleguismo', sich gegen den staatlichen 'Lohnschwindel' zu widersetzen; und
4. Das Entstehen links-katholischer Basisgemeinden und die Hinwendung von Teilen der katholischen Kirche zur 'Kirche der Befreiung'.

Zu 1.

In den letzten 20 Jahren hat sich im industriellen Ballungsraum São Paulo und der peripheren Industriestädte eine 14 Millionen-Metropole gebildet, in der sich vor allem die multinationalen Autokonzerne und die Mehrzahl ihrer Zuliefererbetriebe niedergelassen haben. Allein in der Stadt São Paulo gibt es rund 400 Tsd. Metallarbeiter, die sich auf ca. 4 000 Betriebe verteilen; in der ABC-Region (dazu gehören die Industrievorstädte von São Paulo: São Bernardo do Campo, São Caetano do Sul, Diadema, Santo André, Mauá, Ribeiro Pires und Rio Grande da Serra.) arbeiten noch einmal rund 200 Tsd. Metallarbeiter in etwa 600 Betrieben. Zwei Drittel der Metallarbeiter in der Großregion São Paulo arbeiten in Betrieben mit mehr als 1 000 Beschäftigten (Humphrey 1982, S. 58). In São Bernardo do Campo ist die Konzentration in den Großbetrieben noch stärker. Hier arbeiten allein von den rund 200 000 Metallarbeitern rund 80 Tsd. bei Volkswagen, Ford und Mercedes-Benz. Die Produktionsstruktur dieses Industriezweiges und der Zwang zur fast 100-prozentigen Nationalisierung der Pro-

duktion, infolge der Importsubstituierungspolitik (Amaral 1977) der 60er Jahre, beschleunigte den Qualifizierungsprozess einer größeren Anzahl von Arbeitskräften und war Ursache für ein Ansteigen des Schul- und Ausbildungsniveaus in dieser Region. Im Verhältnis zu anderen Landesteilen und anderen Industriestädten hat die ABC-Region das höchste Ausbildungsniveau. Insbesondere in der Automobilindustrie und den Zulieferfirmen entstand eine Facharbeiterschaft und ein Metallarbeiterpotential mit technischen und sozialen Kompetenzen und einem politischen Selbstbewußtsein, das notgedrungen mit den herrschenden politischen Verhältnissen früher oder später in Konflikt geraten mußte, da es keine adäquaten repräsentativen Interessenverbände dieser neuen Arbeiterklasse gab.

Zu 2. und 3.

Insbesondere unter den besser qualifizierten Arbeitern, die in der Automobilindustrie in der Regel auch besser entlohnt werden als ihre Kollegen in anderen Industriezweigen oder in Kleinbetrieben, provozierte der 'Lohnbetrug' am ehesten Protest gegen die staatliche Lohnpolitik. Dazu kam, daß die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie nicht unbedingt sicherer waren, denn kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse und das zwischen den Automobilwerken übliche Rotationsprinzip machte die soziale Lage der 'privilegierten' Metallarbeiter zunehmend brüchiger. Das gewerkschaftliche Forschungsinstitut DIEESE hatte schon seit Anfang der 70er Jahre festgestellt, daß die offiziellen Daten über die Inflationshöhe von der Regierung manipuliert wurden, was zur Folge hatte und auch heute noch hat, daß bei den halbjährlichen Lohnanpassungen an die jeweilige Inflationsrate die Reallohnverluste immer erdrückender wurden und zu drastischen sozialen Abstiegen führte. Oftmals konnte der erreichte Sozialstandard nicht mehr gehalten werden und es folgte der zwangsläufige Abstieg in die Elendsquartiere. Die Pelegogewerkschaften waren unter diesen Umständen nicht mehr fähig, das politische und soziale Unbehagen, das sich schnell verbreiterte, zu kanalisieren. Bereits in den Kampagnen gegen die Lohnmanipulation (Campanha pela Reposição Salarial), die seit 1970 durchgeführt wurden, erwiesen sich die Pelegogewerkschaften als unfähig, gegen die Reallohnverluste infolge der Manipulationen der Inflationsdaten Widerstand zu entwickeln. (Rainho 1980 u. 1983). Die Kampagne für die Stabilisierung der Löhne spitzte sich Ende der 70er Jahre zum politischen Kampf für eine radikale Änderung der bestehenden Verteilungspolitik und für ein menschenwürdiges Beschäftigungssystem zu. In dieser dynamischen Periode des politischen Aufbruchs gelang es z.B. 1978 in São Bernardo do Campo jungen, militanten Gewerkschaftern, die Wahlen des örtlichen Gewerkschaftsdirektoriums zu gewinnen. Die Politik dieser neuen Generation von Gewerkschaftern, die sich als 'authentische' Vertreter der Arbeiter- und Klasseninteressen verstanden, bestand hauptsächlich im Kampf für unabhängige Gewerkschaften, Aufhebung der reaktionären Gewerkschafts- und Streikgesetze sowie die Zulassung freier Tarifverhandlungen ohne staatliche Einmischung. (Dantos 1982 u. Würtele 1982, S. 505) Nach ersten Protestversammlungen im Jahre 1977 kam es 1978 in der ABC-Region zu den ersten großen Streikbewegungen seit 1964, die ihren Ausgangspunkt in eben jenen multinationalen Großbetrieben der Automobilindustrie hatten. (Rainho 1983) Diese Streikwelle griff noch im gleichen Jahr auf den gesamten Bundesstaat São Paulo über, an der sich mehr als 220 000 Metallarbeiter beteiligten. Zu ihren Hauptforderungen hatten sie eine 78 % Lohnerhöhung und eine automatische Angleichung der Löhne an die Inflationsrate erhoben. Auch 1979 kommt es wiederum zu nicht weniger als 430 großen und kleinen Streiks, wobei sich allein an den 100 größten ca. 1,2 Mio. Menschen beteiligten. (Belau/Würtele 1983, S. 283)

Beim 41 Tage andauernden Metallarbeiterstreik im Jahre 1980 in São Bernardo do Campo kommt es zu den härtesten Auseinandersetzungen mit der Militärpolizei, die mit der Suspendierung des örtlichen Gewerkschaftsdirektoriums und der Verhaftung der Streikführer von den Militärs beendet werden. Bei den täglichen Streikversammlungen im Fußballstadion (Stadiondemokratie) kamen ständig zwischen 70-90 Tsd. Metallarbeiter zusammen. Diese außerordentlich hohe Mobilisierung wurde insbesondere von der 'Comissão de Mobilização' erreicht, die in rund 300 Versammlungen mit mehr als 400 Delegierten während des Streiks tätig war⁵.

Auf Grund der großen Mobilisierung sprach die Presse bereits von der 'República de São Bernardo', von der die Militärregierung völlig überrascht wurde. Deshalb wurden nicht nur einige nicht legalisierte Streikversammlungen gewaltsam auseinander getrieben und die Streikführer verhaftet, sondern die Militärs setzten eigens dafür in der gefürchteten Militärakademie (Escola Superior de Guerra) eine Untersuchungskommission zur 'Erforschung' der Gründe und der perfekten Organisation der Streikbewegungen ein. (Moisés 1981)

Obwohl die Militärregierung mit der limitierten Liberalisierung und Demokratisierung der brasilianischen Gesellschaft infolge der 'abertura'-Politik die Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung notgedrungen tolerieren mußte, antwortete sie immer dann mit Repression, wenn sie das sogenannte 'nationale Interesse' bedroht sah. Die im 'Lei da Segurança Nacional' (Gesetz der nationalen Sicherheit) 1969 neu dekretierte Generalklausel erlaubt es den Militärs, nach Belieben in verfassungsmäßige Rechte einzugreifen. So wurden insbesondere die Streikführer wegen angeblicher Verstöße gegen die 'nationale Sicherheit' zu Geld- und Gefängnisstrafen und zur Aberkennung der Staatsbürgerrechte verurteilt. Und dennoch gingen die Militärs mit ihrer 'Zuckerbrot und Peitschen'-Politik immer wieder aufs neue unkalkulierbare Risiken erneuter Massenproteste ein.

Zu 4.

Eine nicht unwesentliche Rolle nahm bei der Entstehung der neuen Gewerkschaftsbewegung die katholische Kirche ein, seitdem sich zumindest wesentliche Teile von ihr schon sehr früh, insbesondere in São Paulo, hinter die Forderungen der Arbeiter und der Gewerkschaften gestellt hatten. In Gottesdiensten und Versammlungen unter freiem Himmel unterstützten sie offen die Forderungen der Gewerkschaften und stellten diesen einen 'geschützten' Raum für ihre Versammlungen zur Verfügung. Wiederholt wurde deshalb in den letzten Jahren der Kardinal von São Paulo von der Militärregierung beschuldigt, er habe zu Streiks aufgerufen und selbst Streiks initiiert.

Einige der führenden Gewerkschaftskader kommen heute auch aus kirchlichen Jugend- und Arbeiterorganisationen oder arbeiten in beiden Bereichen. Neben der 'Pastoral Operária' (PO) und der 'Frente Nacional do Trabalho' (FNT), die eher eine christ-demokratische Vergangenheit haben, sich aber in den letzten Jahren der links-katholischen 'Kirche der Befreiung' angeschlossen haben, spielt auch die katholische Jugendorganisation 'Juventude Operária Católica' (JOC) eine wichtige Rolle. Die Landarbeiterbewegung wird insbesondere von der 'Comissão Pastoral da Terra' unterstützt.

Die Basisgemeinden in den Arbeiterwohnvierteln und in den Favelas (Elendsquartiere) sind hauptsächlich unter dem Einfluß und der Initiative kirchlicher Organisationen entstanden und bilden eine weitere Säule der brasilianischen Oppositionsbewegung. Obwohl die Basisgemeinden überwiegend den gewaltfreien Widerstand (*fraternidade sim; violência não*) propagieren, so haben sie doch während und nach den Streikbewegungen eine enorme Bedeu-

tung gehabt, indem sie in den Wohnvierteln Aufklärungsarbeit geleistet haben. Außerdem wurden die vom Streik betroffenen Familien mit Nahrungsmitteln versorgt und es wurden gemeinsame Küchen eingerichtet.

Der sogenannte Streikfonds (Fundo de Greve), der sich offiziell als Kulturverein bezeichnet, entstand ebenfalls unter dem Einfluß verschiedener kirchlicher und politischer Organisationen. Neben der materiellen Unterstützung von Streikenden übernimmt der Streikfonds überwiegend Aufgaben, die von den Gewerkschaften selbst, wegen der Gewerkschaftsgesetze, nicht geleistet werden können. Die Tätigkeit des Streikfonds reicht von der politischen Agitation, politischem Theater und Gewerkschaftsschulungen bis hin zur Herstellung von Flugblättern und Rechtshilfe.

Vom 'sindicalismo politico' zum 'novo sindicalismo'.

Nach über einem Jahrzehnt erzwungener politischer Enthaltensamkeit manifestierten sich Ende der 70er Jahre erstmals wieder Aktions- und Agitationsformen, die zu vergleichen sind mit denen der 50er und 60er Jahre. Gegenüber dem damaligen 'sindicalismo politico', der mit seinen Forderungen für Lohnerhöhungen und weniger Arbeitshetze auch für die Agrarreform, die Verstaatlichung der Betriebe und für Produktionskooperativen kämpfte und damit hauptsächlich die revolutionäre Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsform im Auge hatte, knüpfte der 'novo sindicalismo' zunächst stärker an der sich drastisch verschlechternden Lage der Arbeiter an und forderte neben dem Recht auf freie unabhängige Gewerkschaften und der Beseitigung des bestehenden Streikrechts eine Lohn- und Einkommensgarantie, Arbeitszeitverkürzung und einen wirksamen Kündigungsschutz. Erst in letzter Zeit sind auch wieder häufiger Diskussionen zur gesellschaftlichen Veränderung und zur Agrarreform laut geworden.

Der 'novo sindicalismo' zeichnet sich noch durch ein anderes spezifisches Merkmal insofern aus, als der parteipolitische Einfluß der traditionellen Arbeiter- und Volksparteien (PCB und PTB) nur eine marginale Rolle spielt.

Die PDT (Demokratische Arbeiterpartei), die sich sehr stark an der Sozialistischen Internationale orientiert und Kontakt hält zur europäischen Sozialdemokratie und zu den Demokraten in den USA sowie die PMDB (Partei der Demokratischen Bewegung, der sich auch die moskauorientierte PCB-Fraktion angeschlossen hat) kollaborieren aus taktischen und strategischen Hegemonialüberlegungen mit dem 'Peleguismo'. Der 'novo sindicalismo' ist eher eine Sammelbewegung von linken Parteien und Gruppierungen. Da es keine klare politisch-ideologisch homogene Mehrheit mehr gibt, haben es die kleineren Fraktionen natürlich leichter, sich ins Spiel zu bringen, was in der Praxis zu ständig ändernden Mehrheitskonstellationen führt. Ein anderes ungewöhnliches Charakteristikum besteht darin, daß der 'novo sindicalismo' nicht in erster Linie von einer traditionellen Arbeiterpartei initiiert wurde wie die Gewerkschaftsorganisationen der 50er und 60er Jahre, in denen es ständig zu Neugründungen und parteipolitisch beeinflussten Abspaltungen kam. Bei der jüngsten Parteigründung verlief der Prozeß genau umgekehrt. Aus der Gewerkschaftsbewegung heraus entstand 1978 der Entschluß zur Gründung einer neuen Arbeiterpartei, der 'Partido dos Trabalhadores' (PT), die den Charakter einer radikaldemokratischen Partei der sozialen Bewegungen mit starken basisdemokratischen Zügen hat. (vgl. Füllgraf 1981, S. 148) Obwohl viele Intellektuelle der 'neuen brasilianischen Linken' in der PT eine neue Heimat gefunden haben, ist

sie dennoch in erster Linie eine Partei der Arbeiter und Stadtteilinitiativen. Neben dem undogmatisch-linksozialistischen Flügel um Luis Inácio da Silva (Lula), dem ehemaligen Präsidenten der Metallarbeitergewerkschaft in São Bernardo do Campo und gegenwärtigen Parteivorsitzenden, hat in letzter Zeit der trotzkistische Flügel wieder mehr an Einfluß gewonnen. Andere leninistische, maoistische, autonomistische und sozialistische Strömungen spielen in der PT eher eine untergeordnete Rolle.

Probleme des 'novo sindicalismo'

Trotz des sehr schnellen Erstarken des 'novo sindicalismo' im Großraum São Paulo, oder genauer in der ABC-Region, konnte sich dieser neue Syndikalismus auf andere Landesteile bisher aus sehr unterschiedlichen Gründen nur begrenzt ausdehnen. So werden von den rund 4 100 Ortsgewerkschaften nur ca. 1 000 von den 'autenticos' besetzt, die etwa 12 Mio. der etwa 45 Mio. abhängig Beschäftigten (População Economicamente Ativa — PEA) in ganz Brasilien repräsentieren. Eine der wichtigsten und größten Ortsgewerkschaften, die Metallarbeitergewerkschaft von São Paulo-Stadt, ist seit der Intervention in den 70er Jahren und den anschließenden Wahlen in den Händen der Pelegos, die jedoch nicht zur rechten reaktionären Gewerkschaftsmafia gehören, sondern eher eine sozialdemokratisch-reformistische Politik betreiben. Dies um so mehr, nachdem bei den 82er Wahlen in São Paulo der Kandidat der PMDB, Montoro, den Gouverneurposten gewann. Die PT schnitt bei diesen Wahlen überraschend schlechter ab als erwartet, was allgemein darauf zurückgeführt wird, daß sie sich zu stark auf die PMDB einschloß und zu wenig gegen die Regierungspartei PDS unternahm. (Vgl. Würtele 1983, S. 148; Lateinamerika-Nachrichten 12/1982, S. 92 ff.). Aufgrund der spezifischen Betriebsstruktur, viele Klein- und Mittelbetriebe und wenig Großbetriebe, haben es die 'autenticos' natürlich weitaus schwerer, hier für sich eine Basis zu gewinnen, zumal das gegenwärtige Direktorium unter dem politisch geschickten Präsidenten Joaquim es versteht, sich mit einem gemäßigten Oppositionskurs zwischen 'Peleguismo' und 'novo sindicalismo' hindurchzulavieren.

Die größten Probleme gibt es für den 'novo sindicalismo' jedoch bei den Landarbeitergewerkschaften. Obwohl hier in den letzten Jahren unter extremen Bedingungen der Verfolgung und Repression bis hin zur Ermordung von Gewerkschaftsführern sich 'authentische' Gewerkschaften haben entwickeln können, so hindern doch die regionalen, sozialen und kulturellen Erfahrungen der Landarbeiter ein schnelleres Erstarken der Gewerkschaften. Dazu kommt, daß nach dem Militärputsch von 1964 in Pernambuco die Militärs am brutalsten gewütet haben. Damals wurden alle Landarbeiterligen zerschlagen. Außerdem erschwert das allgemeine Prinzip der Tagelöhnerarbeit oder der 'illegalen' Arbeit auf dem Lande sowie die soziale Bindung an den Grundherrschaft neben dem geringen Bildungsstand der Landarbeiter eine kämpferische Gewerkschaftspolitik. Nicht weniger wirksam ist die permanente Repression oder die Korruption. (Linhart 1980) Auf dem 1983 in São Bernardo do Campo stattgefundenen Gründungskongreß der 'authentischen' Dachorganisation CUT traten die Landarbeiter jedoch wieder stärker in Erscheinung. Von den insgesamt 912 vertretenen Gewerkschaften kamen 310 vom Land. Die 1 658 Delegierten dieser Landarbeitergewerkschaften vertraten immerhin über 3 Millionen Landarbeiter. Insgesamt nahmen 5 059 Delegierte teil, die, wie bereits erwähnt, mehr als 12 Millionen abhängig Beschäftigte repräsentierten.

Der Gründungskongreß CONCLAT 1983 (Doleschal 1983), dem eine heftige Auseinander-

setzung um den Gewerkschaftskorporatismus mit den Pelegogewerkschaften vorausging und der letztlich zur organisatorischen Spaltung führte mit der Folge, daß die 'Pelegos' ihren eigenen nationalen 'Pro-CUT'-Kongreß abhielten, verdeutlicht aber auch noch einmal trotz der euphorischen Aufbruchstimmung unter den 'Authenticos' eindrücklich die Schwierigkeiten, vor denen eine starke unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Brasilien steht. Die 'authentische' CUT, von Arbeitsminister Macedo einen Tag nach der Gründung für illegal erklärt, wurde zunächst unter zwei Gesichtspunkten gebildet: Erstens soll sie zur stärkeren Unterstützung gewerkschaftlich schwacher Regionen beitragen und den Gewerkschaften zu einer landesweiten Koordination verhelfen und zweitens soll mit der Zentralisierung eine bessere Streikvorbereitung möglich sein, zumal es bei den letzten landesweiten Generalstreiks insbesondere auf dem Lande kaum eine Streikbeteiligung gegeben hat. Inwieweit jedoch mit einer Zentralisierung diese Probleme behoben werden können, ist fraglich. Ebenso fraglich ist, trotz aller Hoffnungen, wie lange die CUT ihrem politischen Anspruch der Basisbewegung 'CUT pela Base' treu bleibt, zumal derartige Organisationen nicht von der Gefahr befreit sind, sich zu verselbständigen und die vielbeschworene Basis nur noch zum strategischen Spielball der Gewerkschaftsführung zu benutzen.

Die Zukunft des 'novo sindicalismo' und der CUT bleibt trotz aller angebrachten Hoffnungen ungewiß. Angesichts der dramatischen Verschuldungskrise, die Brasilien in eine gnadenlose Abhängigkeit vom IWF und den internationalen Privatbanken gebracht hat, werden der Bevölkerung immer massivere soziale Opfer und materielle Zugeständnisse abverlangt, die sich auf die Handlungsfähigkeit der neuen Gewerkschaftsbewegung sehr ambivalent auswirken. In ihrer verzweifelten Not und im Elend werden die Massen zu einem unberechenbaren Potential, weil sie vor Hunger zu fast jedem Strohalm greifen, der ihnen eine scheinbare Linderung ihrer Lage vorgaukelt. Und selbst im bisher noch stabil wirkenden staatlichen Machtbündnis von nationalen Traditionalisten und technokratischen Erneuerern beginnt es zu kriseln, weil auch hier die Verteilungsspielräume geringer werden. Der Ruf nach einem härteren Vorgehen gegen die von der Opposition initiierten Massenproteste wird immer lauter. Als Vertreter der noch 'privilegierten' Arbeitsplatzbesitzer stehen die neuen Gewerkschaften vor der schwierigen Aufgabe, zwischen Massenelend, ökonomischer Paralyse, ungebrochener Militärherrschaft und Gewerkschaftskorporatismus einen Weg zu finden, der das gegenwärtige Kräfteverhältnis zugunsten der Massen fundamental verschieben könnte. In den großen Streikbewegungen von 1978 bis 1980 hat sich zwar gezeigt, daß die oppositionellen Gewerkschaften in der Lage sind, die Arbeiterschaft zu mobilisieren; aber es ist fraglich, ob die Mobilisierungsbereitschaft der Arbeiter auf Dauer aufrecht zu halten ist. Noch sind die Organisationsstrukturen zu instabil, als daß sie staatlichen Angriffen standhalten könnten. Bezeichnend dafür waren z.B. auch die Interventionen und Suspendierungen von 5 oppositionellen Gewerkschaftsdirektorien im Juni 1983, als einige Gewerkschaften der Petroleumarbeiter zu Streiks für höhere Löhne aufriefen, die auch auf einige andere Gewerkschaften in und um São Paulo gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung übergriffen. Keine der Forderungen konnte jedoch durchgesetzt werden.

Ein ähnliches Dilemma ergab sich auch bei der jüngsten Kampagne für sofortige Direktwahlen des neuen Staatspräsidenten. Nach wochenlangen Protesten und zahlreichen Massenversammlungen der Opposition, die ohne die Schubkraft der neuen Gewerkschaften wohl kaum zustande gekommen wären, reagierte das Militär mit der Verhängung des Ausnahmezustandes über die Hauptstadt Brasília, als im Parlament über eine erforderliche Verfassungsänderung abgestimmt werden sollte. Die dafür notwendige Dreiviertelmehrheit wurde aller-

dings knapp verfehlt. Sieg oder Niederlage? Das sei dahingestellt. Denn die Militärs gaben bereits seit Monaten unverblümt zu verstehen, daß sie im Falle einer Verfassungsänderung der Demokratisierung und dem Parlament ein Ende bereiten würden. Diese bisher noch ungebrochene Arroganz der Macht, die das brasilianische Militär verkörpert, könnte möglicherweise auch zum Verhängnis der neuen Gewerkschaften werden, wenn es ihnen nicht gelingt, diesen Block aufzubrechen.

Anmerkungen

- 1 Aus dieser Bewegung kam auch der spätere Vorsitzende der PCB, L.C. Prestes, der sich aber 1930 von der Leutnantbewegung trennte. Der militärische 'Einfluß' in der PCB wird bis heute noch an der ausgeprägten Staatsbezogenheit deutlich. Der Staat wird als quasi klassenneutrale Institution begriffen (Würtele 1982, S. 15).
- 2 Über diesen Einbindungsprozeß gibt es seit neuer Zeit sehr unterschiedliche Interpretationen. So ist neben der traditionellen Ansicht, daß die Gewerkschaften wegen ihrer Schwäche reibungslos vom Vargas-Populismus vereinnahmt werden konnten, eine Diskussion darüber entstanden, ob die Gewerkschaften nicht gerade wegen ihrer Stärke von der neuen Klassenallianz politisch berücksichtigt werden mußten.
- 3 Der Gewerkschaftskorporatismus des 'Estado novo' beruhte im wesentlichen auf drei Fundamenten: den sozialpolitischen Einrichtungen, der Arbeitsjustiz und des Sindicatosystems. Den Gewerkschaften wurden nur noch sozialpolitische Aufgaben zugestanden (assistencialismo). Bis 1943 wurde die gesamte Arbeits- und Sozialgesetzgebung zusammengefaßt in der 'Consolidação das Leis do Trabalho' (CLT), die auch heute, inzwischen mehrmals verändert, ergänzt und verschärft, noch Gültigkeit hat.
- 4 Das Streikgesetz von 1964 hat ebenfalls unverändert Gültigkeit. Das Arbeits- und Sozialgesetzbuch, ein Relikt der Varga-Diktatur, wurde weitgehend der 'Carta Del Lavoro' des Mussolini-Faschismus entlehnt. Zwischen 1954 und 1964 hatte das Gewerkschaftsgesetz zwar noch Gültigkeit, aber die staatliche Kontroll- und Interventionspraxis wurde etwas eingeschränkt. Die Politisierung der Gewerkschaften hatte den 'Peleguismo' zumindest vorübergehend in dieser Periode außer Kraft gesetzt. Nach 1964 wurde der 'Peleguismo' von den Militärs wieder als Gewerkschaftsideologie erzwungen.
- 5 In diesem Zusammenhang sind die politischen Auseinandersetzungen um die Fabrikkommissionen ('comissões de fabrica') in einigen großen Firmen von Bedeutung, die z.T. auch mit Streiks (wie z.B. bei Ford) durchgesetzt werden mußten. In den Gewerkschaften sind diese betriebsratsähnlichen Gremien sehr umstritten. Einerseits werden sie als 'Waffe' der Gewerkschaftsbewegung interpretiert, mit der im Betrieb eine gewerkschaftliche Gegenmacht aufgebaut werden soll; andererseits wird den Verteidigern dieser Einstellung vorgehalten, daß mit diesen Kommissionen der Gewerkschaftsbewegung der revolutionäre Stachel gezogen wird, da sie als reine Beschwerdeinstanz von den multinationalen Konzernen sozialpartnerschaftlich eingebunden werden. Dennoch haben sich die MNK's immer wieder mit Vehemenz gegen den Begriff 'comissão de fabrica' zur Wehr gesetzt und anerkennen offiziell nur die Bezeichnung 'Representação dos empregados', weil sie hinter der anderen Bezeichnung nicht zu Unrecht eine politische Intention vermuten. Denn für den Großteil der Gewerkschaften ist die 'comissão de fabrica' ein Kampfbegriff und selbige soll als Transmissionsriemen für gewerkschaftliche Forderungen im Betrieb fungieren. Die Unternehmen wollen allerdings den Einfluß der Gewerkschaften auf diese und in diesen Kommissionen verhindern. Deshalb wurde z.B. der erste Vertrag von Volkswagen do Brasil 1980 ohne Beteiligung der Gewerkschaften durchgesetzt. Bei den anschließenden Wahlen riefen die Gewerkschaften zu einem Wahlboykott auf, der überwiegend befolgt wurde. Erst bei der Neuauflage der Vereinbarung wurden die Gewerkschaften beteiligt, obwohl auch nach dem neuen Abkommen die Kommission wiederum nur als Beschwerdeausschuß definiert ist.

Literatur

- Amaral do, A.B. (1977), *Industrialisierung in Brasilien — zur Politik der Importsubstituierung*, Tübingen/Basel
- Belau, D.; Würtele, W. (1983), *Gewerkschaften in Brasilien*, in: Mielke, S., Internationales Gewerkschaftshandbuch, Opladen, S. 270 ff.
- Cardoso, F.H. (1973), *Das »Brasilianische Entwicklungsmodell«, Daten und Perspektiven*, in: Prokla, Heft 6
- Dantas Junio, A. (Ed.) (1982), *Lula sem censura*, Petrópolis
- Doleschal, R. (1983), *CUT pela Base — Zwischen Unterdrückung und Widerstand. Der brasilianische Weg der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung*, in: express Nr. 12
- Füchtner, H. (1972), *Die brasilianischen Arbeitergewerkschaften, ihre Organisationen und ihre politische Funktion*, Frankfurt/Main
- Füllgraf, F. (1981): *PT é nossa! Die Partei der Arbeiter in Brasilien*. in: Lateinamerika. Analysen und Berichte 5, Berlin, S. 148 ff.
- Furtado, C. (1970), *Formação econômica do Brasil*, São Paulo
- Humphrey, J. (1982), *Fazendo o »Milagre«. Controle capitalista e luta operária na indústria automobilística Brasileira*, Sao Paulo
- Hurtienne, Th. (1974), *Zur Ideologiekritik der lateinamerikanischen Theorien der Unterentwicklung und Abhängigkeit*, in: Prokla, Heft 14/15
- Hurtienne, Th. (1977), *Zur Entstehungsgeschichte, Struktur und Krise des brasilianischen Akkumulationsmodells*, in: Bennholdt-Thomsen u.a. (Hg.), Lateinamerika. Analysen und Berichte 1, Berlin
- IBGE (1982). *Anuário Estatístico do Brasil. Rio de Janeiro* Lateinamerika-Nachrichten Nr. 109/110 vom Dez. 1982
- Leuenroth, E. (1963), *Anarquismo — Roteiro da Libertação Social*, Rio
- Linhart, R. (1980), *Der Zucker und der Hunger*, Berlin
- Menezes, C.M.; Sarti, I. (1981), *Conclat 1981. A melhor expressão do movimento sindical brasileiro*, São Paulo
- Moises, J.A. (1981), *A estratégia do novo sindicalismo*, in: Revista de cultura e política, Heft 5/6
- Oliveira de, J., Acquiva, M.C., (1981), *CLT. Saraviva-81*, São Paulo
- Rainho, L.F. (1980), *Os Peões do Grande ABC*, Petrópolis
- Rainho, L.F., Bargas, I.M. (1983), *As lutas operárias e sindicais dos metalúrgicos em Sao Bernado*, S. Bernado do Campo
- Rodrigues, J.A. (1979), *Sindicato e Desenvolvimento no Brasil*, São Paulo
- Senghaas, D. (1977), *Brasiliens assoziativ-kapitalistische Entwicklung*, in: ders., Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, Ffm
- Tavares de Almeida, M.H. (1975), *O sindicato no Brasil. novos problemas — velhas estruturas*, in: Debate e Critica, No. 6
- Wöhlecke, M. (1981), *Abhängige Industrialisierung und sozialer Wandel: Der Fall Brasilien*, München
- Würtele, W. (1982), *Auf dem Weg zu einer 'Authentischen' Gewerkschaftsbewegung in Brasilien*, Heidelberg
- Würtele, W. (1983): *Brasilien*. Länderbericht. in: Lateinamerika, Analysen und Berichte 7, S. 139 ff.